

*Samuel Salzborn*

## Unter falscher Flagge

### Politische Ablehnung oder wissenschaftliche Kritik? Drei Klarstellungen zu den Einwänden von Peter Ullrich und Alban Werner

Es war zu erwarten – und: zu erhoffen –, dass unsere Studie über Antisemitismus in der Partei »Die Linke«<sup>1</sup> Kontroversen auslöst und zu Widerspruch reizt: denn eine Politikwissenschaft, die sich als »Aufklärungswissenschaft« (Anton Pelinka) versteht, lebt davon, Kontroversen nicht nur zu führen, sondern auch selbst zu initiieren. Wir wollten mit unserer Untersuchung in der Tat eine Diskussion in Gang bringen – und das ist uns offenbar, trotz oder auch gerade wegen der langen Geschichte des linken Antisemitismus (und seines immer wieder unterbrochenen, aber dennoch fortwährenden Beschweigens), gelungen, wie nicht nur die Debatten im Deutschen Bundestag und im Landtag von Nordrhein-Westfalen über Antisemitismus in der Partei »Die Linke« gezeigt haben, sondern auch die mehreren hundert Zeitungs- und Magazinberichte, die inspiriert von unserer Untersuchung des Themas Antisemitismus in der Linkspartei im In- und Ausland aufgegriffen und publizistisch weiter entwickelt haben.

Und selbst in der Partei »Die Linke« hat sich etwas bewegt – wegen unserer Studie: denn die kritischen Stimmen, die wir entgegen des Insistierens von Peter Ullrich und Alban Werner sehr wohl erwähnt haben, wie auch die Gysi-Rede, von der uns unterstellt wird<sup>2</sup>, wir hätten sie ganz verschwiegen (einer Rede, in der Gysi noch klar Position gegen Antisemitismus in seiner Partei bezogen hatte), waren nur innerhalb der Partei immer nicht nur sehr leise zu vernehmen, sondern ihnen fehlte auch so gut wie jede Öffentlichkeit außerhalb der Partei. Dass man in der Partei »Die Linke« über unsere Studie zunächst nicht besonders erfreut war, war wenig überraschend. Bei aller (erwartbaren) Polemik, die auf innerparteiliche Integration zielte und auch gerade gegenüber den eigenen Parteigenossen eine förmliche Distanz gegenüber unserer Kritik verbalisieren sollte, haben Stellungnahmen und Verhalten zahlreicher Bundes- und Landtagsabgeordneter sowie Bundesfunktionäre der Partei »Die Linke« (etwa von Petra Pau, Dietmar Batsch, Bodo Ramelow, Katharina König, Stefan Liebich, Katja Kipping, Dagmar Enkelmann, Halina

1 Vgl. Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, »Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit«, in: *Zeitschrift für Politik* 58, H. 3 (2011), S. 290–309. Diese Replik ist mit Sebastian Voigt abgestimmt. Da es sich aber vor allem um methodologische Fragen der Politikwissenschaft handelt und Voigt Historiker ist, haben wir auf eine gemeinsame Autorenschaft verzichtet.

2 Vgl. Peter Ullrich/Alban Werner, »Ist ›Die Linke‹ antisemitisch? Über Grauzonen der ›Israelkritik‹ und ihre Kritiker«, in: *Zeitschrift für Politik* 58, H. 4 (2011), S. 424–441, hier: S. 430. Der Hinweis auf die Gysi-Rede findet sich in unserem Beitrag auf S. 291, Fn. 5.

Wawzyniak oder Klaus Lederer) sowie des BAK Shalom<sup>3</sup> gezeigt, dass sie unserer Kritik der Sache nach (weitgehend) zustimmen – mehrheitsfähig sind sie, das zeigen die Beschlüsse, die wir in unserem Aufsatz zitiert haben, damit noch lange nicht.

Dass nun aber mit Peter Ullrich und Alban Werner zwei, die der Partei »Die Linke« nicht nur sehr nahe stehen, sondern auch eng mit einigen der Personen verbunden sind, die wesentlich Gegenstand unseres Aufsatzes waren,<sup>4</sup> ihre vor allem *politische* Aversion gegen unsere Thesen als wissenschaftliche Einwände kaschieren, ist unredlich. Denn was substanziell in der Replik von Ullrich/Werner auf unsere Studie übrig bleibt, ist bei genauem Hinsehen doch, dass sie uns – obgleich ihnen das überhaupt nicht passt – faktisch an zahlreichen Punkten zustimmen oder mindestens kein inhaltliches Gegenargument formulieren können. Statt darzulegen, warum z. B. das Engagement der Partei »Die Linke« nicht antisemitisch sein soll, wenn gegen die finanzielle Unterstützung des Baus einer Synagoge agiert wird, oder warum die Sympathie für islamistisch-antisemitische Terrororganisation wie Hamas oder Hisbollah nicht antisemitisch sein soll, verstecken sie ihre politische Ablehnung unserer Interpretationen hinter methodisch aufgeblasenen Scheinargumenten.

Inwiefern einzelne Positionen innerhalb der Partei »Die Linke« als antisemitisch zu interpretieren sind, kann dem Urteil der Leser/innen der *Zeitschrift für Politik* nach vergleichender Lektüre unseres Textes und der Replik von Ullrich/Werner überlassen werden. Insofern sollen hier unsere Argumente ebenso wenig wiederholt werden, wie die Fragen nach der Überzeugungskraft unserer These eines Radikalisierungsprozesses innerhalb der Linkspartei oder einem möglichen Bedrohungspotenzial einer solchen Entwicklung für die bundesdeutsche Demokratie. Wichtig im Zusammenhang mit dieser inhaltlichen Dimension ist lediglich die Feststellung, dass Ullrich/Werner die antidemokratischen Gefahren, die von Teilen der Partei »Die Linke« ausgehen, geradezu aus der Diskussion herausredigieren möchten, wenn sie uns in projektiver Absicht unterstellen,

- 3 Der Bundesarbeitskreises (BAK) Shalom ist einer von sieben Arbeitskreisen innerhalb der Linksjugend [‘solid’]; er hat rund 140 Mitglieder (davon etwa 20 aktive). Er wird von denen, die sich des Antisemitismusproblems in der Linkspartei von vornherein entledigen wollen, regelmäßig als Alibi genutzt – dafür, dass es ja schon lange Widerworte gegen Antisemitismus in der Linkspartei gäbe. Das ist ohne Frage korrekt, der BAK Shalom ist tatsächlich sehr engagiert gegen den Antisemitismus in der eigenen Partei – nur zugleich auch aufgrund seiner Größe und seiner Funktion faktisch fast ohne Einfluss.
- 4 Peter Ullrich war während seiner Promotion, auf die in der Polemik gegen uns hingewiesen und aus der auch selbst zitiert wird (S. 438), Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und hat im Oktober 2011 gemeinsam mit Annette Groth eine Veranstaltung zu Israel durchgeführt (Groth war eine der MdBs der Linkspartei, die an der Gaza-Flottille teilgenommen haben); Alban Werner ist Funktionär der Partei »Die Linke« in Aachen und gehört zum Bundesvorstand der »Sozialistischen Linken«, einem der organisierten Flügel innerhalb der Linkspartei, zu dem unter anderem auch die MdBs Christine Buchholz und Wolfgang Gehrke zählen (deren Rolle mit Blick auf den antizionistischen Antisemitismus ist ausführlich in unserem Aufsatz dokumentiert).

wir würden sonstigen Antisemitismus bagatellisieren<sup>5</sup> und dabei das auch an anderen Stellen erhebliche demokratiefeindliche Potenziale innerhalb der Partei »Die Linke« nonchalant verschweigen: allein im Jahr 2011 (neben der Antisemitismus-Debatte) abzulesen an den Sympathiekundungen der Parteivorsitzenden Gesine Lötzsch für den Kommunismus, der Mauerbau-Debatte der Partei oder dem Geburtstagsglückwunschschreiben der beiden Parteivorsitzenden Lötzsch und Ernst an den kubanischen Diktator Fidel Castro.

Die Unterstellungen, mit denen aber politischen Differenzen in einer pseudowissenschaftliche Kritik an unserem methodischen Vorgehen versteckt werden sollen, dürfen allein schon deshalb nicht unwidersprochen bleiben, weil der positivistische Mantel, den sich Ullrich/Werner umhängen, selbst eine problematische demokratietheoretische Kehrseite hat, die implizit mit den Wissenschafts- und Erkenntniskategorien der repräsentativen Demokratie bricht. Insofern sollen im Folgenden drei Aspekte der Polemik von Ullrich/Werner richtig gestellt werden. Die erste Richtigstellung betrifft die Frage der unterstellten Begriffsunschärfe, die zweite die der Methodenwahl und die dritte das erkenntnistheoretische Demokratiedefizit in der Argumentation von Ullrich/Werner.

### *1. Der Begriffseinwand*

Dass Ullrich/Werner alternative Antisemitismusdefinitionen entgegen der von uns vorgeschlagenen Minimaldefinition anbringen, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Denn in der internationalen Antisemitismusforschung ist völlig unumstritten, dass es unterschiedliche *Artikulationsformen* von Antisemitismus gibt (das kann man z.B. auch bei dem gegen uns ins Feld geführten Klaus Holz nachlesen), die in differenten historischen Kontexten entstanden sind und zu einer Modifikation der Artikulationsweisen des Antisemitismus geführt haben, die aber gleichwohl auf einen gemeinsamen weltanschaulichen Kern verweisen.<sup>6</sup> Einfach gesagt, unterscheiden sich der religiös motivierte Antijudaismus, der rassistische Antisemitismus, der Schuldabwehr- bzw. sekundäre Antisemitismus, der antizionistische bzw. antiisraelische Antisemitismus sowie der islamistische Antisemitismus in der Art und Weise der formulierten Stereotype und Feindbilder, sind aber alle gleichermaßen Ausdruck einer antisemitischen Weltanschauung – die sich eben historisch und anlassspezifisch wandelt. Dass dies nicht nur in der sozial- und ge-

- 5 Das Argument, wir würden Antisemitismus in der bundesdeutschen Gesellschaft bagatellisieren, weil wir ihn nicht erwähnen würden (was eine Lüge ist, vgl. z.B. unsere Fn. 9 auf S. 291), verweist auf eine bemerkenswerte Omnipotenzphantasie von Ullrich/Werner: unsere Untersuchung hat ein konkretes Thema – und nicht das Ziel einer umfassenden Analyse des Antisemitismus in Deutschland oder der Welt; in einer Studie über den Antisemitismus in einer Partei kann nicht primär die Rede von allen anderen Dimensionen des Antisemitismus sein, was in der deutschen und internationalen Antisemitismusforschung selbstverständlich breit diskutiert wird, auch mit mehreren Beiträgen von uns. Exemplarisch sei hier nur hingewiesen auf Samuel Salzborn, »Anti-Jewish Guilt Deflection and National Self-Victimization: Antisemitism in Germany«, in: Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (eds.), *Politics and Resentment. Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union*, Leiden/Boston 2011, S. 397–423.
- 6 Vgl. bspw. Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?*, München 2004.

schichtswissenschaftlichen Forschung theoretisch-qualitativ attestiert wird,<sup>7</sup> sondern auch statistisch-quantifizierend zutreffend ist, haben Aribert Heyder, Julia Iser und Peter Schmidt in einer simultanen konfirmatorischen Faktorenanalyse gezeigt,<sup>8</sup> in der sie das Theorem der Umwegkommunikation auf Basis eines für die Bevölkerung der Bundesrepublik repräsentativen Datensatzes bestätigen: der traditionelle (religiös motivierte oder rassistische argumentierende) Antisemitismus sucht sich in der Gegenwart einen Kommunikationsumweg und wird nun mit Blick auf Israel als antizionistischer Antisemitismus kommuniziert.

Wenn wir nun *eine* von den genannten fünf Artikulationsformen des Antisemitismus explizit in den Blick nehmen, dann scheint es somit wenig sinnvoll, sich mit Definitionsansätzen zu befassen, die auf eine andere Dimension zielen<sup>9</sup> – anders gesagt: unser Gegenstand ist der antizionistische Antisemitismus, für den wir einen internationalen Minimalkonsens als Grundlagendefinition angenommen haben.<sup>10</sup> Tatsächlich läuft der unter dem Etikett einer angeblich mangelhaften begrifflichen Operationalisierbarkeit vorgetragene Einwand allerdings darauf hinaus, bestimmte, missliebige Elemente des Antisemitismus aus einer Definition herausredigieren und auf diese Weise eigenes Handeln gegenüber der Feststellung als Antisemitismus immun machen zu wollen. Denn der mehrfach formulierte Vorschlag von Ullrich/Werner, lieber eine große »Grauzone« zwischen legitimer Kritik und zu kritisierendem Antisemitismus zu konstruieren, ist nichts weiter, als jeder normativen oder kritischen Forschung den Stachel zu ziehen und sich selbst mit dem völlig begriffslosen Wort der »Grauzone« präventiv gegen Analysen zu imprägnieren: eine »Grauzone« ist aber irgendwie alles – und damit eben auch nichts.

<sup>7</sup> Vgl. bspw. Werner Bergmann/Mona Körte (Hg.), *Antisemitismusforschung in den Wissenschaften*, Berlin 2004.

<sup>8</sup> Vgl. Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, »Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus«, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt 2005; S. 144–165.

<sup>9</sup> Dass Postone oder Holz, die Ullrich/Werner in scheinbarem Widerspruch zu uns ins Feld führen, sehr wohl operationalisierbar sind, allerdings nicht als generalisierende Hypothesen für »den« Antisemitismus, sondern lediglich für klar abgrenzbare Teildimensionen des Antisemitismus im Spannungsfeld zwischen individueller, vermittelnder und gesellschaftlicher Dimension und dabei in einem Wechselverhältnis zwischen kognitiver und emotionaler Dimension, habe ich an anderer Stelle gezeigt. Vgl. Samuel Salzborn, *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*, Frankfurt/New York 2010.

<sup>10</sup> Dass es sich hierbei um einen Konsens handelt, kann – neben den in unserem Aufsatz in Fn. 14 auf S. 292 genannten Titeln – unter anderem bei Marvin Perry/Frederick M. Schweitzer, *Antisemitism. Myth and Hate from Antiquity to the Present*, New York 2002; Walter Laqueur *The changing Face of Antisemitism. From Ancient Times to the Present Day*, New York 2006 oder Robert S. Wistrich, *A Lethal Obsession: Antisemitism – From Antiquity to the Global Jihad*, New York 2010 nachgelesen werden.

## 2. Der Methodeneinwand

Der Einwand gegen unser methodisches Vorgehen stützt sich im Kern auf eine Literaturreferenz – die bezeichnenderweise aus der Soziologie stammt.<sup>11</sup> Nun hat die Politische Soziologie in der Tat eine Reihe von Impulsen für die politikwissenschaftliche Parteien- und Demokratieforschung gegeben, sie bleibt aber in erster Linie ein politikwissenschaftlicher Gegenstand – und man vermisst bei Ullrich/Werner überhaupt *irgendeine* Bezugnahme auf die politikwissenschaftliche Parteienforschung, auf die wir in unserem Aufsatz als Forschungsstand ja Bezug genommen hatten (Ullrich/Werner »weisen« uns stattdessen nach, dass wir Publikationen aus anarchistischen Kleinverlagen nicht berücksichtigt hätten, die nicht einmal *pro forma* einen wissenschaftlichen Anspruch haben – so in Fn. 16 die Aufsatztitel von Schmid und Später, erschienen in Büchern in den Verlagen »Unrast« bzw. »Assoziation A«).

Die Annahme, dass dieses Manko der Unkenntnis der Autoren geschuldet ist, liegt nahe, doch handelt es sich bei ihrer Argumentation letztlich vor allem um ein strategisches Vorgehen: es nutzt der politischen Stoßrichtung, unsere Methode allein deshalb zu denunzieren, weil es nicht die eigene ist. Ein solches Vorgehen befremdet vor dem Hintergrund des in der Politikwissenschaft seit mehreren Jahrzehnten etablierten Methodenpluralismus, der nicht kramphaft eine bestimmte Forschungstechnik auf jeden Gegenstand anwenden will, sondern diesen abhängig von Erkenntnisinteresse und Forschungsgegenstand modifiziert. Kurios wird es allerdings, wenn zwei Nachwuchswissenschaftler aus dem Umfeld der Partei »Die Linke« in ihrer Replik auf unsere Arbeit das Schwert für eine rein quantifizierende Logik der Sozialwissenschaften brechen und dabei einen positivistischen Begriff von Gesellschaft zu Grunde legen, dem *jede* Form von hermeneutischer Textinterpretation oder ideologiekritischer Kontextanalyse abgeht.

Um es auf den Punkt zu bringen: Ja, unsere Untersuchung folgt *nicht* der Logik von Ullrich/Werner – und sie kann (und darf) auch dieser Logik nicht folgen, weil ihr Erkenntnisinteresse auf die strukturellen Dimensionen weltanschaulicher Grundorientierungen in der Partei »Die Linke« gerichtet ist, die in ihrer tagesaktuell modifizierten Prozesshaftigkeit untersucht werden. Die Fehleranfälligkeit dieser Methode ergibt sich allerdings nicht, wie Ullrich/Werner spekulieren, aus einer »falschen« Methode, sondern daraus, dass wir einen Gegenstand untersucht haben, der schon während des Veröffentlichungsprozesses des Textes selbst sein Handeln fortgesetzt hat. Will Politikwissenschaft im Sinne einer Aufklärungswissenschaft allerdings nicht rein deskriptiven Charakter haben, sondern in der Tradition des sich aus den Metatheorien der normativ-ontologischen und der historisch-kritischen Ansätze ergebenden pluralen Methodenspektrums auch einen intervenierenden Charakter haben, dann lassen sich die politischen Dimensionen des Forschungsgegenstandes nicht dergestalt neutralisieren, wie sich Ullrich/Werner dies wünschen: eine Definition nur dann für tragfähig zu halten, wenn sie

<sup>11</sup> Vgl. Fn. 13 bei Ullrich/Werner; von den weiteren Literaturverweisen beziehen sich überhaupt nur noch drei (Fn. 28, 35 u. 55) auf methodische Fragen, die aber eher zufällig, denn tatsächlich argumentativ stützend in den Textfluss eingestreut sind.

im Sinne einer (sehr spezifischen) Lesart von quantifizierenden Soziologie operationalisierbar ist, spricht für ein limitiertes Verständnis von sozialwissenschaftlicher Forschung, bei dem mindestens allen normativ-ontologischen und historisch-kritischen Ansätzen *jeder* Erkenntniswert abgesprochen wird.

Der Kern des methodischen Einwandes von Ullrich/Werner ist ohnehin primär tak-tischer Natur: Ullrich/Werner schlagen eine quantitative Untersuchung für die Relevanz des Antisemitismus in der Linkspartei vor – was von uns absolut begrüßt würde. Eine solche Untersuchung wäre sogar sehr einfach zu bewerkstelligen: die Partei »Die Linke« stellt ihre kompletten Mitgliederdaten für eine repräsentative Umfrage über Antisemitismus zur Verfügung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert die Forschung, die theoretisch-konzeptionell von einer der großen Antisemitismusforschungseinrichtungen (z.B. dem Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin) vorbereitet und empirisch von einem großen Meinungsforschungsinstitut durchgeführt wird (z.B. EMNID). Ob Ullrich/Werner den Ergebnissen genauso entlassen entgegen sehen würden, wie wir – mit Blick auf die antiimperialistische Basis in den Westverbänden der Linkspartei oder die traditionellen, noch in der DDR sozialisierten Ostlinken (denn die wenigen Funktionsträger, die sich mittlerweile deutlich gegen den Antisemitismus in ihrer Partei stellen, fallen bei einer quantitativen Untersuchung natürlich noch weniger ins Gewicht, als bei einer qualitativen)?

Sie können! Denn sie wissen, dass es eine solche repräsentative Studie über den Antisemitismus der Mitglieder der Linkspartei, die sie als intellektuelles Bonmot ihrer Polemik feilbieten, nie geben wird: die Linkspartei hat nicht den Mut, diese durchzuführen oder gar zu finanzieren. Genau deshalb ist der gegen uns vorgebrachte Methodeneinwand auch so verlogen: er fordert eine Methode ein, von der die Autoren wissen, dass sie niemals realisiert werden wird.

### *3. Der Demokratieeinwand*

Lässt man die vorgeschoßene Begriffs- und Methodendimension beiseite, dann besteht der inhaltliche Grundgedanke der Polemik von Ullrich/Werner gegen uns in der Behauptung einer unzulässigen Verallgemeinerung unserer Aussage, dass der antizionistische Antisemitismus in der Partei »Die Linke« in einem bestimmten Politikfeld zunehmend dominiere. Belegen würden wir die These nur mit willkürlich ausgewählten Ereignissen (die Ereignisse sind, aber dies nur am Rande, nicht willkürlich ausgewählt, sondern im Sinne einer historischen Rekonstruktion um Vollständigkeit bemüht – dass wir dabei sicher auch weitere antisemitische Vorfälle übersehen haben, ist in der Tat keineswegs ausgeschlossen).

In einer repräsentativen Demokratie ist es zwar politisch für eine Partei wichtig zu wissen, was ihre Mitglieder denken, politikwissenschaftlich ist dies aber für eine Antwort auf die Frage, für welche Position eine Partei *als Organisation* steht, nahezu unbedeutend – wer Gegenteiliges behauptet, folgt entweder einem streng positivistischen Wissenschaftsverständnis oder lehnt, implizit oder explizit, die Spielregeln der repräsentati-

ven Demokratie ab. Denn um eine qualifizierbare Aussage über die Haltung einer Partei zu einem bestimmten politischen Themenfeld zu ermitteln, bedarf es keiner zusätzlichen Quantifizierung mehr: Diese Quantifizierung leistet das System der repräsentativen Demokratie bereits selbst.

Im Gegensatz zu einem identitären Demokratieverständnis, wie es von links durch Jean-Jacques Rousseau und von rechts durch Carl Schmitt vertreten wird, und das in jeder politischen Frage eine explizite (Rousseau) oder implizite (Schmitt) Identität aller am Prozess Beteiligten einfordert, zeichnet sich die repräsentative Demokratie gerade dadurch aus, dass alle durch ihre Partizipation am demokratischen Prozess objektiv bereits ihre Zustimmung gegeben haben – im Falle der Mitgliedschaft in einer Partei nicht nur durch ihre Aktivität, sondern gerade auch durch ihre Passivität. Wobei der deutlichste Ausdruck dafür das Parteiprogramm wäre. Da die »Linke« aber zum Zeitpunkt des Manuskriptabschlusses unseres Aufsatzes über ein solches im eigentlichen Sinne noch nicht verfügte, blieb vor allem der Blick auf Verlautbarungen von offiziellen Repräsentanten der Partei.<sup>12</sup> Denn so lange, wie von den demokratisch legitimierten Vertretern einer Partei eine Position ohne massiven Widerspruch (oder gegenteilige Beschlüsse) vertreten werden kann, so lange ist diese objektiv die Position der Partei zu dieser Frage. Alles andere wäre nicht nur unpraktikabel, sondern undemokratisch: Denn mit welcher Legitimation sollte ein einfaches Mitglied beanspruchen, seine Meinung habe das gleiche Gewicht wie die eines Abgeordneten oder eines Partei- oder Fraktionsvorsitzenden?

Um politikwissenschaftlich etwas über die Haltung einer Partei als *Organisation bzw. Institution* zu erfahren, bedarf es also in einer repräsentativen Demokratie überhaupt keiner quantitativen Einstellungsforschung. Insofern folgt unser Vorgehen den üblichen (freilich nicht den einzigen möglichen) Methoden der Politikwissenschaft und setzt sich mit der Haltung einer Partei bei einem konkreten außenpolitischen Thema auseinander, dessen zeitlicher Kontext analysiert wird. Ausgangspunkt ist ein klar benanntes Ereignis: Die Beteiligung von drei für die Linkspartei in dieser außenpolitischen Frage in Schlüsselstellungen tätigen Parlamentariern an einer Aktion, die die völkerrechtliche Souveränität eines anderen Staats in Frage gestellt hat – nämlich der Gaza-Flotte im Jahr 2010. So lange kein öffentlich wahrnehmbarer Widerspruch auf systematisch gleichrangiger Ebene gegen die Positionierungen zu vernehmen war – und die wenigen Äußerungen, die es gegeben hat, haben wir thematisiert (Petra Pau, früher auch Gysi) –, musste diese Haltung als dominant angesehen werden.

Denn Konsens drückt sich nicht nur durch aktive Zustimmung, sondern in erster Linie durch Passivität aus. Der Eindruck eines immer mehr dominierenden antizionistischen Antisemitismus in der Linkspartei auf Bundesebene wurde sogar noch dadurch verstärkt,

<sup>12</sup> Und selbst wenn es ein Parteiprogramm gegeben hätte: seit der Methodendiskussion in der Weimarer Staatsrechtslehre hat sich in der politik- und rechtswissenschaftlichen Forschung die methodologische Differenzierung zwischen (Verfassungs-)Norm und (Verfassungs-) Wirklichkeit etabliert, was mit Blick auf das Agieren von politischen Parteien gleichsam bedeutet, dass das Agieren führender Funktionseliten nachhaltig von den normativen Prämissen eines Programms abweichen kann.

dass es bis zu unserer Untersuchung nicht nur fast keinen Widerspruch von Personen auf gleicher Ebene gegeben hat (also von anderen Bundestagsabgeordneten oder aus dem Parteivorstand), sondern die Parteiführung in Person der Parteivorsitzenden Lötzsch die Aktion sogar offen unterstützt hat.

Solange angebliche Kritiker des antizionistischen Antisemitismus aber keine aktive Haltung gegen diesen an den Tag legten (z.B. durch die Abwahl eines Politikers vom Posten des außen- oder menschenrechtspolitischen Sprechers, Parteiausschlussverfahren, öffentliche Erklärungen von mehreren MdB, in denen der antizionistische Antisemitismus explizit benannt wird etc.), waren und sind sie im Sinne der repräsentativen Demokratie, die immer eine öffentliche Demokratie ist, nicht präsent. Ob man, wofür es ja Gründe geben mag, als Wissenschaftler *glaubte*, es könnte in der Linkspartei Gelegenpositionen geben, musste schon aus wissenschaftsethischen Gründen unberücksichtigt bleiben: denn die Emanzipation der Sozialwissenschaften vom Glauben, die mit Machiavelli und Hobbes begonnen hat, ist ihr genuines Konstitutionskriterium.

### *Fazit: Antisemiten, das sind immer die Anderen*

Wenn Ullrich/Werner mit demselben Engagement, mit dem sie unsere Kritik am Antisemitismus zu widerlegen trachten, gegen den Antisemitismus ihrer Partei vorgehen würden, dann – und nur dann – würde sich ihre Abwehr in Selbstkritik wandeln. Aber davon sind Ullrich/Werner noch weiter entfernt, als die Linkspartei als Organisation – an letzterem ändern auch die ohne Zweifel beachtlichen, aber eben dennoch nach wie vor marginalisierten Versuche von Pau und anderen erst dann etwas, wenn die Schönredner in der Partei nicht mehr bereit sind, die Antisemiten zu decken. Insofern widersprechen wir dem Vorschlag von Ullrich/Werner mit aller Entschiedenheit, Antisemitismus nicht mehr als Antisemitismus zu benennen und ihn in einer kuschelig-harmonischen »Grauzone« verstecken zu wollen, die letztlich nur der Integrität und Homogenität der Linkspartei nutzt.

Für normativ-ontologische, wie für historisch-kritische Forschungsansätze in der Antisemitismusforschung ist das Konzept einer »Grauzone« wertlos. Und ob ein nicht nur theorieleeres, sondern theoriefeindliches Wort auch nur irgendeinen konzeptionellen oder gar operationellen Nutzen für empirisch-analytische Ansätze haben kann, scheint ebenfalls unwahrscheinlich. Denn wer dem Konzept einer »Grauzone« das Wort redet, will letztlich Unklarheiten in eine Welt zurückzaubern, die sich gerade aufzuhellen begann. Und das ist das Gegenteil vom Anspruch einer Politikwissenschaft als Aufklärungswissenschaft.

### *Zusammenfassung*

In einer Replik zu dem Beitrag »Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit« (ZfP 3/2011) haben Peter Ullrich und Alban Werner (ZfP 4/2011), die beide aus dem

Umfeld oder der Linkspartei selbst kommen, den Vorwurf erhoben, die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der Linkspartei sei undifferenziert erfolgt. In dem Beitrag wird nun klargestellt, dass Ullrich/Werner ihre politische Ablehnung hinter fadenscheinigen methodischen Argumenten verstecken und zugleich das Antisemitismus-Problem der Linkspartei durch die Einforderung einer nebulösen »Grauzone« kaschieren wollen. Zugleich werden die Einwände bezüglich der unterstellten Begriffsunschärfe und der Methodenwahl zurückgewiesen und auf ein erkenntnistheoretisches Demokratiedefizit von Ullrich/Werner hingewiesen.

### *Summary*

In their response to the article »Antisemites as coalition partners? The Left Party between anti-Zionist Antisemitism and the quest for the capacity to govern« (ZfP 3/2011), Peter Ullrich and Alban Werner (ZfP 4/2011), themselves either associated with or coming from the Left Party, have raised the accusation that the debate concerning antisemitism in the Left Party has been poorly argued. The present article will demonstrate how Ullrich/Werner themselves have used methodologically flimsy argumentation to shroud their politically motivated repudiation, while attempting to conceal the Left Party's antisemitism problem by calling for a nebulous »gray zone«. Their objections concerning methodology and accusations of conceptual obfuscation will also be countered, while an epistemological deficit in democracy on the part of Ullrich/Werner themselves will be uncovered.

*Samuel Salzborn, Under a False Flag. How politically motivated repudiation is disguised as scholarly criticism.*